Bielefeld

Neue Westfälische
vom 06.09.2017

Renten-Debatte prägt DGB-Wahlkampfabend

Gewerkschaft: Podiumsdiskussion mit vier Bundestagskandidaten im Haus der Kirche.

■ **Bielefeld** (dro). Die Renten-Debatte ist angesichts des demographischen Wandels in Wahlkämpfen mittlerweile allgegenwärtig. Das Thema prägt auch den Wahlkampfabend des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) am Dienstagabend im Haus der Kirche. Außerdem geht es etwa um Gehälter und Arbeitsverhältnisse.

Vier Bundestagskandidaten der im Bundestag aktuell vertretenen Parteien sind bei der Podiumsdiskussionen vor rund 80 Gästen dabei: Wiebke Esdar (SPD), Michael Weber (CDU), Britta Haßelmann (Grüne) und Friedrich Straetmanns (Linke). Bis auf Michael Weber sind sie sich in den meisten Punkten einig.

Wiebke Esdar und Britta Haßelmann setzen auf eine festgesetzte Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter, sagen sie. Bei der SPD heiße sie Solidarrente, bei den Grünen Garantierente. Bei Regierungsbeteiligung solle sie unmittelbar kommen.

Das Rentenniveau solle bei 48 Prozent zumindest stabilisiert werden. Esdar sagt: „Womöglich muss durch Steuergelder querfinanziert werden." Auch eine Vermögenssteuerabgabe könne dabei hilfreich sein.

Esdar und Haßelmann betonen, dass für Frauen nach Schwangerschaften das Rückkehrrecht auf Vollzeit eingeführt werden müsse. „Das spielt nämlich auch eine Rolle bei der besseren Altersversorgung für Frauen", erklärt Haßelmann.

Sie regt außerdem einen sogenannten Bürgerfonds an, eine für Unternehmen verpflichtende Betriebsrente. „Ein Zukunftsmodell."

Laut Wiebke Esdar will die SPD Anreize für kleinere und mittelgroße Firmen schaffen, um ebenfalls Betriebsrenten aus freien Stücken zu forcieren. Friedrich Straetmanns von der Linken fordert mehr: „Eine Mindestrente von 1.050 Euro und ein Rentenniveau von 53 Prozent", sagt er und bekommt dafür Applaus.

Laut Michael Weber setze die CDU statt derartiger Ankündigungen darauf, um das Rentenniveau beizubehalten Wirtschaftswachstum anzukurbeln und Vollbeschäftigung zu erhalten. „1.050 Euro anzupeilen, das ist Wolkenkuckucksheim", sagt er. Er betont auf Nachfrage aus dem Publikum zudem: „Rente mit 70 ist und bleibt in der CDU nicht mehrheitsfähig."

CDU-Ärger wegen scharfer Kritik an Arbeitsbedingungen

Großteils Einigkeit besteht – einmal mehr Unionspolitiker Weber ausgenommen – auch bei der Arbeitsmarktpolitik: SPD, Grüne und Linke wollen den Mindestlohn stückweise erhöhen – die Linke gar auf 12 Euro. Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen müssen weg, heißt es.

Die Linke will laut Friedrich Straetmanns Leiharbeit und Werkverträge abschaffen, Esdar und Haßelmann wollen Leiharbeit massiv aufwerten. Der Tenor: gleiche Arbeit, gleicher Lohn wie Festangestellte. Sie plädieren zudem für allgemeinverbindliche Tarifverträge.

CDU-Kandidat Michael Weber ärgert sich über viele Darstellungen. „Man hat bei Ihnen ja das Gefühl, dass wir uns im prekären Frühkapitalismus befinden", sagt er irritiert. „Dabei hatten wir jüngst deutliche Lohnzuwächse in etlichen Branchen." Besonders in familiengeführten Unternehmen in OWL funktioniere soziale Partnerschaft bestens.

Bester Laune vor dem Auftakt: *Bernd Gehring, Anke Unger (beide DGB) sowie Friedrichs Straetmanns, Britta Haßelmann, Wiebke Esdar und Michael Weber (v. l.).* FOTO: SARAH JONEK

Spülmaschinen: Miele halbiert

Teile der Produktion werden 2019 aus Bielefeld nach Uničov verlagert

Von Stephan Rechlin

Bielefeld / Gütersloh (WB). Gut die Hälfte der im Bielefelder Miele-Werk produzierten 540 000 Spülmaschinen sollen von 2019 an im tschechischen Uničov hergestellt werden. Es ist eine der großen Verhandlungsaufgaben, die sich der neu gewählte Gesamtbetriebsratsvorsitzende Andreas Bernstein (57) demnächst stellen muss.

Bei den Geschirrspülern ist Miele in den zurückliegenden drei Jahren um rund 40 Prozent gewachsen, Tendenz weiter steigend. Um das zu erwartende weitere Wachstum bei den Stückzahlen der Geschirrspüler zu bewältigen, wird Miele in seinem Werk Uničov eine zweite Montagelinie errichten, teilte das Unternehmen auf Anfrage mit. Über die dann nötige neue Arbeitsteilung gebe es seit längerem Gespräche zwischen Werkleitung und Betriebsrat. Hier sei in der Tat aktueller Stand der Diskussion, in Bielefeld ab nächstem Geschäftsjahr etwas weniger als die Hälfte der Gesamtmenge in Bielefeld zu produzieren, dies dann aber auf Basis weiter steigender Stückzahlen. Darüber hinaus gebe es »erhebliche Investitionen« in die Bielefelder Spülraumfertigung.

Die Werkleitung sei davon überzeugt, dass sich auch für die künftige Verteilung der Stückzahlen Lösungen entwickeln lassen, die für beide Werke und deren Belegschaften auskömmlich sein werden. Dagegen fürchtet der gestern in der Klosterpforte Marienfeld zum neuen Gesamtbetriebsratsvorsitzenden gewählte Andreas Bernstein, dass über Bielefeld Produktionsobergrenzen verhängt werden könnten: »Das würde zwangsläufig zu einem Personalabbau führen.«

Der Diplom-Maschinenbauingenieur Bernstein (verheiratet, zwei Kinder) arbeitet seit 1985 für Miele. 1990 trat er in den Bielefelder Betriebsrat ein. 2006 ließ er sich für diese Arbeit freistellen, als sein Vorsitzender Heinrich Sürken (63) zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden gewählt wurde. Der Bielefelder Standort bekam dadurch im Miele-Konzern ein stärkeres Gewicht neben Betriebsratschef Klaus Niebusch aus dem Stammwerk Gütersloh (5000 Beschäftigte). Diese Kräfteverteilung wird mit der Wahl Bernsteins beibehalten.

Der Gesamtbetriebsrat vertritt die Interessen von 10 000 Mitarbeitern an den deutschen Miele-Standorten – nicht aber jene in den Werken Bürmoos (Österreich), Brașov (Rumänien), Uničov (Tschechien) und Dongguan (China). »Von einem europäischen Konzernbetriebsrat sind wir noch weit entfernt, von einem internationalen ganz zu schweigen«, sagte Bernstein. Bis 2025 wird noch ein weiteres, neues Miele-Werk in Polen hinzukommen.

Wie mühsam eine gemeinsame Konzern-Vertretung durchzusetzen ist, erfahren die Betriebsräte bereits in Deutschland. In den Imperial-Werken Bünde und Arnsberg, beides hundertprozentige Miele-Töchter, handeln die Mitarbeiter noch völlig unabhängig von Gütersloh und Bielefeld ihre Betriebsvereinbarungen mit der Geschäftsführung aus. Schieflagen, die Bernstein korrigieren möchte – mit Augenmaß: »Wirtschaftlicher Erfolg ist die beste Grundlage für gute Betriebsratsarbeit.« Das sagte sein in Pension gehender Kollege Sürken gestern. Das sieht Bernstein auch so.

Andreas Bernstein ist neuer Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei Miele. Foto: Wolfgang Wotke

Westfalen-Blatt vom 06.09.2017 / 1

Im Miele-Werk in Schildesche sollen ab dem nächsten Geschäftsjahr deutlich weniger Spülmaschinen produziert werden.

Foto: Thomas F. Starke

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 07.09.2017

Michael Weber (CDU/von rechts) diskutiert auf Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Haus der Kirche am Dienstagabend mit seinen Mitbewerbern Britta Haßelmann (Grüne), Wiebke Esdar (SPD) und Friedrich Straetmanns (Linke). Foto: Bernhard Pierel

»Rente mit 70 ohne Mehrheit«

Bundestagskandidaten diskutieren beim DGB

Von Hans-Heinrich Sellmann

Bielefeld (WB). Was große Teile der Fernsehzuschauer am vergangenen Sonntag beim TV-Duell zwischen Angela Merkel und Martin Schulz vermisst hatten, das hat der DGB am Dienstagabend nachgeholt: eine Debatte mit Bundestagskandidaten über soziale Themen.

Gewerkschaftssekretär Oguz Önal legte vor: Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Lebens- und Arbeitsbedingungen seien die Themen, die die Menschen umtrieben. »Einkommen und Vermögen sind so ungleich verteilt wie noch nie. Mit der aktuellen Rentenpolitik steuern wir geradewegs auf eine Altersarmut zu«, gab er den vier Diskutanten mit auf den Weg.

Die Gewerkschaft hatte die Kandidaten der zurzeit im Bundestag vertretenen Parteien eingeladen: Michael Weber (CDU), Wiebke Esdar (SPD), Friedrich Straetmanns (Linke) und Britta Haßelmann (Grüne). Die lieferten sich durchaus den gewünschten Schlagabtausch. Wer genau hinhörte, und das taten viele der etwa 80 Gäste, die zum Großteil aus Gewerkschaftsfunktionären bestanden, erkannte die eine oder andere »Koalition«.

Beim Rentenniveau sieht »Rot-rot-grün« dringenden Handlungsbedarf. Eine Solidarrente wollen die Sozialdemokraten um Wiebke Esdar »für alle, die 35 Jahre gearbeitet haben«. Bei den Grünen heißt das Garantierente. Britta Haßelmann: »Wer 30 Jahre und mehr gearbeitet hat, braucht eine Rente oberhalb der Grundsicherung.« Friedrich Straetmanns schlägt in die gleiche Kerbe, forderte darüber hinaus ein Rentenniveau von 53 Prozent, hält das für »absolut finanzierbar« und sogar 57 Prozent für »richtig und realistisch«.

Das konnte Michael Weber so nicht stehen lassen, warf dem Linken vor, Wolkenkuckucksheime zu bauen. Ein Rentenniveau wie zu Zeiten von Norbert Blüm sei mit dem heutigen Rentensystem und der Anzahl der Beschäftigten nicht zu machen. Britta Haßelmann pflichtete ihm bei: »Keine Partei kann 57 Prozent durchsetzen. Da darf niemand das Blaue vom Himmel versprechen.« Problematisch seien die steigende Lebenserwartung und die sinkenden Geburtenraten.

Michael Weber machte nochmals deutlich, dass eine Rente mit 70 innerhalb der CDU keine Mehrheit finden werde. Vorwürfe seiner Gegenkandidatinnen, wonach die CDU das Thema Rente im Wahlkampf ausblende und auch kein Konzept habe, wies Weber zurück. Niemand würde sich verschließen und nach der Wahl werde an den entscheidenden Stellschrauben gedreht, ohne alles auf den Kopf zu stellen.

Weber, der auch Kreisvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft ist, wies gerade mit Blick auf die Debatte um prekäre Arbeitsverhältnisse daraufhin, dass man »nicht mehr im Frühkapitalismus unterwegs« sei. »Wir dürfen die Tarifabschlüsse der letzten vier Jahre nicht kleinreden«, sagte Weber. Gerade in vielen ostwestfälischen Familienunternehmen stehe die soziale Partnerschaft im Vordergrund. Ein gewerkschaftlicher Einfluss könne nicht von der Hand gewiesen werden: »Da fangen wir nicht bei Null an.«

Zuvor waren große Schnittmengen bei Sozialdemokratin, Grüner und Linkem deutlich geworden: Mindestlohn rauf, keine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen, gleicher Lohn für Leiharbeiter ab dem ersten Tag, allgemein verbindliche Tarifverträge.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 15.09.2017

IG Metall in NRW fordert sechs Prozent plus

■ **Berlin** (rtr). Die IG Metall in NRW spricht sich für eine Lohnforderung „um die sechs Prozent" in den Tarifverhandlungen für etwa 3,9 Millionen Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie aus. Die Tarifkommission des IG-Metall-Bezirks setzte in Sprockhövel eine erste Wegmarke für die Tarifforderung, die der IG-Metall-Vorstand im Oktober festlegen wird. Die individuelle Wochenarbeitszeit soll auf bis zu 28 Stunden sinken.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 15.09.2017

IG Metall will sechs Prozent mehr Geld

Leinfelden (dpa). Für die anstehende Tarifrunde peilt die IG Metall die Forderung nach einem Lohnplus von um die sechs Prozent an. Außerdem soll für alle Beschäftigten ein Anspruch auf eine befristete Arbeitszeitverkürzung auf bis zu 28 Wochenstunden ausgehandelt werden. Die Große Tarifkommission der IG Metall im Südwesten beschloss gestern in Leinfelden-Echterdingen bei Stuttgart eine entsprechende Resolution. Auch in den sechs anderen Metalltarifbezirken, darunter NRW, trafen sich die Gremien, um über ihre Forderungen zu beraten – mit ähnlichen Ergebnissen.

»Die wirtschaftliche Situation ist gut, ist sehr gut«, sagte der Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, Roman Zitzelsberger. Anzeichen für eine Verschlechterung gebe es nicht. Verglichen mit der vorangegangenen Tarifrunde 2016 könne man noch einen Schritt mutiger sein. Damals war IG Metall mit einer Forderung von fünf Prozent gestartet. Die Metallarbeitgeber im Südwesten nannten die Vorstellungen der Gewerkschaft »eine schwere Hypothek« für die anstehende Tarifrunde.

NW vom 10.10.2017

Bielefeld

741 Metaller feiern ihre Gewerkschaftsjubiläen

Ehrungen: In der Stadthalle kündigt die IG Metall an, dass sie in der nächsten Tarifrunde rund sechs Prozent mehr Lohn fordern will. Sie stellt sich auf harte Auseinandersetzungen ein. Auch das politische Engagement gegen die AfD bleibt ein Hauptthema

■ **Bielefeld** (bast). Alle zusammengerechnet blicken sie auf 30.670 Mitgliedsjahre in der IG Metall zurück: 741 Frauen und Männer haben jetzt ihre 25-, 40-, 50-, 60 und 70-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft gefeiert. Die meisten von ihnen kamen gestern zur Jubilarehrung in die Stadthalle.

„Hinter so vielen Jahren des Engagements in einer der wichtigsten Gewerkschaften unseres Landes steckt Geschichte und Wums", sagte Oberbürgermeister Pit Clausen. Die IG Metall sei stets pragmatisch, immer auch eine Stimme der Schwachen und vor allem ein Bollwerk gegen Rechts, betonte er. Die Vorsitzende des DGB in OWL, Astrid Bartols, rief dazu auf, AfD-Wähler wieder „einzufangen".

Auch die Industriegewerkschaft sieht angesichts des Erfolges der AfD bei den Bundestagswahlen in der politischen Arbeit eine ihrer Hauptaufgaben. „Wir werden mit solchen Parteien nie unseren Frieden machen", so der zweite Bevollmächtigte der IG Metall Bielefeld, Hans-Jürgen Wentzlaff.

Ute Herkströter, erste Bevollmächtigte, betonte: „Wir wollen auch in Zukunft unseren Beitrag für eine offene Gesellschaft leisten, in der Solidarität und Menschlichkeit weiterhin Werte sind. Wir werden immer gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eintreten."

Dass Enttäuschung und Verunsicherung vieler Menschen das Wahlergebnis beeinflusst hätten, liege auch an einem sozialen Riss in der Gesellschaft: 22 Prozent der Beschäftigten arbeiteten im Niedriglohnsektor, rund sieben Millionen verdienten sogar weniger als 9,60 Euro pro Stunde. „Da ist Altersarmut programmiert", sagte Herkströter

Sie blickte voraus auf die nächste Tarifrunde in der Metall- und Elektrobranche. Rund sechs Prozent mehr Lohn will die IG Metall dabei fordern. Außerdem sollen Azubis und Dualstudierende vor jeder Prüfung einen Tag frei bekommen. Zudem will sie erreichen, dass IG-Metall-Mitglieder das Recht erhalten, zwei Jahre lang ihre Arbeitszeit auf 28 Stunden pro Woche zu reduzieren und danach in die Vollzeit zurückkehren zu können. Erste Reaktionen der Arbeitgeberseite zeigten jedoch, so Herkströter, dass „wir uns auf eine harte Auseinandersetzung einstellen müssen".

Von denjenigen, die seit 70 Jahren zur IG Metall gehören nahmen Helmut Diembeck, Klaas Dingemanse, Margot Ellerbrock, Emil Kampmann, Ernst Kelle, Horst Kespohl, Rolf Meyer, Wille Schult, Hans Strothmann, Dagmar Voss, Manfred Wibberg und Rolf Wist an der Feier teil.

In Bielefeld hat die Gewerkschaft rund 17.000 Mitglieder. „Um in den Betrieben und der Politik gehört zu werden, ist die Mitgliederfrage für uns die entscheidendste", so Herkströter. Sie freut sich daher, dass die Gewerkschaft in diesem Jahr schon 437 neue Mitglieder gewonnen hat. 34 Prozent davon kommen aus dem Jugendbereich.

Ehrung: *Die Bevollmächtigten Hans-Jürgen Wentzlaff (l.) und Ute Herkströter (3. v. l.) mit den Jubilaren, die seit 70 Jahren IG-Metall-Mitglieder sind, sowie weiteren langjährigen Gewerkschaftern bei der Feier in der Stadthalle.* FOTO: OLIVER KRATO

Bielefeld

Neue Westfälische vom 11.10.2017

IG Metall fordert mehr Geld und mehr Freizeit

Tarifrunde: Die Branche steht vor harten Verhandlungen. Die Arbeitgeber wehren sich

■ **Frankfurt** (dpa). 23 Jahre nach Vollendung der 35-Stunden-Woche will die IG Metall erstmals wieder kürzere Arbeitszeiten durchsetzen. In den Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie verlangt die Gewerkschaft neben sechs Prozent mehr Geld die grundsätzliche Möglichkeit für die 3,9 Millionen Beschäftigten, über einen Zeitraum von zwei Jahren ihre Wochenarbeitszeit auf 28 Stunden reduzieren zu können. Schichtarbeiter, Eltern junger Kinder und pflegende Familienangehörige sollen für den entgangenen Lohn zudem Ausgleichszahlungen in unterschiedlicher Höhe erhalten, erklärte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann. Berechtigt könnten bis zu 40 Prozent der Belegschaften sein. Für Schichtarbeiter und andere Beschäftigte mit belastenden Arbeitszeiten verlangt die IG Metall fünf jährliche Freischichten mit einem Entgelt auf dem Niveau der untersten Lohngruppe von 750 Euro.

Gesamtmetall-Chef Rainer Dulger erklärte, die Forderungen seien „rückwärtsgewandt". Für die „allermeisten Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten" werde in den Betrieben bereits heute eine passende Lösung gefunden. Ein Anspruch auf Arbeitszeitverkürzung würde „den Fachkräftemangel verschärfen". Schon jetzt blieben wegen Personalmangels Aufträge liegen.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 11.10.2017

IG Metall fordert Geld und Zeit

Frankfurt (dpa). Mehr als 20 Jahre nach Vollendung der 35-Stunden-Woche will die IG Metall wieder kürzere Arbeitszeiten durchsetzen. In den Verhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie verlangt sie neben 6 Prozent mehr Geld die Möglichkeit für alle Beschäftigten, zwei Jahre lang ihre Wochenarbeitszeit auf 28 Stunden zu reduzieren. **Wirtschaft**

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 11.10.2017

»Zeit ist ein hohes Gut«

IG Metall will 28-Stunden-Woche möglich machen

Frankfurt (dpa). In der Metall- und Elektroindustrie bahnt sich ein harter Tarifkampf an. Die IG Metall fordert diesmal nicht nur mehr Geld, sondern will für breite Beschäftigtengruppen mehr freie Zeit. 23 Jahre nach Vollendung der 35-Stunden-Woche will die IG Metall erstmals wieder kürzere Arbeitszeiten durchsetzen. In den Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie verlangt die Gewerkschaft neben 6 Prozent mehr Geld die grundsätzliche Möglichkeit für die 3,9 Millionen Beschäftigten, über einen Zeitraum von zwei Jahren ihre Wochenarbeitszeit auf 28 Stunden reduzieren zu können. Ausdrücklich gilt diese Forderung auch für den Osten, in dem noch eine tarifliche Regelarbeitszeit von 38 Stunden vereinbart ist.

Eine Fahne der IG Metall bei einem Warnstreik im vergangenen Jahr. Foto: dpa

Schichtarbeiter, Eltern junger Kinder und pflegende Familienangehörige sollen für den entgangenen Lohn zudem Ausgleichszahlungen in unterschiedlicher Höhe erhalten, erklärte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, gestern in Frankfurt. Berechtigt könnten bis zu 40 Prozent der Belegschaften sein.

»Wir fordern Geld und wir fordern Zeit. Zeit ist unseren Mitgliedern ein immer höheres Gut in den letzten Jahren geworden«, erklärte der Chef der stärksten deutschen Gewerkschaft.

Die Arbeitgeber lehnten insbesondere die Forderungen zur Arbeitszeit ab.

Warnstreiks im wichtigsten Industriezweig Deutschlands sind ab dem 1. Januar kommenden Jahres möglich. Im vergangenen Jahr hatte die IG Metall in einer reinen Lohnrunde 5,0 Prozent mehr Geld verlangt.

Westfalen-Blatt vom 13.10.2017
Bielefeld

»IG Metall ist weiter gut unterwegs«

Jubilarehrung: Bevollmächtigte fordert mehr Geld und Selbstbestimmung

Bielefeld (WB). Knapp 440 neue Mitglieder verzeichnete die IG Metall in den vergangenen zwölf Monaten. »Wir sind organisationspolitisch weiter gut unterwegs«, sagte Erste Bevollmächtigte Ute Herkströter anlässlich der diesjährigen Jubilarehrung.

In der Stadthalle ehrt die IG Metall insgesamt 741 langjährige und verdiente Mitglieder. Foto: Bernhard Pierel

Die Tarifrunde 2016 der Metall- und Elektroindustrie wertete sie als »gutes Ergebnis«. »Davon haben wir auch noch in diesem Jahr profitiert.« Im April habe es eine weitere Erhöhung von 2,0 Prozent gegeben und die nächste Tarifrunde werfe bereits ihre Schatten voraus. »Eins ist klar: Die Beschäftigten wollen deutlich mehr Geld und mehr Selbstbestimmung bei ihrer Arbeitszeit. Denn die Zeiten sind günstig. Der Wirtschaft insgesamt geht es prima.«

Ein Schock sei für Ute Herkströter das Ergebnis der Bundestagswahl, insbesondere das Abschneiden der AfD, gewesen. Bei der zukünftigen Regierung werde die IG Metall darauf drängen, dass die Forderungen aus der Befragung ihrer 681 000 Beschäftigten auch umgesetzt werden. Dazu zählen eine gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit, eine paritätische Finanzierung der Krankenversicherung oder auch gleiche Bildungschancen für alle und berufliche Weiterbildung.

Die IG Metall listet pro Jahrgang stellvertretend für alle Jubilare einige ausgewählte auf. **25 Jahre:** Hertha Abendroth, Verwaltungsangestellte der IG Metall Bielefeld; Petra Hauk, Mitglied im Vertrauenskörper und Schwerbehindertenvertretung bei der Firma Miele und Mitglied in der Delegiertenversammlung sowie im Frauen-Arbeitskreis; Markus Matzek, Betriebsratsmitglied bei Parker Hannifin EDC und Mitglied der Delegiertenversammlung; Sebastian Reinz, Betriebsratsvorsitzender und Vorsitzender des Vertrauenskörpers bei der Eisengießerei Baumgarte und Mitglied der Delegiertenversammlung.

50 Jahre: Mario Arrabito, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender der Firma Intermod, ehemaliges Betriebsratsmitglied bei Jobis und ehemaliges Mitglied im örtlichen Vorstand der früheren Gewerkschaft Textil-Bekleidung; Hartmut Biermann, ehemaliger Mitarbeiter im Ausbildungszentrum BAJ und langjähriges Mitglied in diversen Prüfungsausschüssen und im Berufsbildungsausschuss; Peter Pietschok, ehemals im Betriebsrat und Vertrauenskörper der Firma Dürkopp Adler; Manfred Schampel, ehemals im Betriebsrat von Mannesmann und ehemaliges Mitglied des Ortsvorstandes und der Delegiertenversammlung; Angela Tubbesing, langjähriges Mitglied im Vertrauenskörper bei der Firma Sandvik Poppe & Potthoff; Wolfgang Zurheide, ehemaliger langjähriger Betriebsratsvorsitzender der Firma Bitev und ehemals Mitglied im örtlichen Vorstand der früheren Gewerkschaft Textil-Bekleidung.

60 Jahre: Heinrich Brickenkamp, ehemaliger langjähriger Betriebsratsvorsitzender der Firma Autohaus Hagemann; Gerd Engelbrecht, ehemals im Betriebsrat der Firma Dürkopp Adler sowie Mitglied der Delegiertenversammlung und Versichertenältester der Deutschen Rentenversicherung; Wolfgang Hallmann, ehemaliger Verwaltungsangestellter der IG Metall Bielefeld und ehemaliges Mitglied der Delegiertenversammlung; Arno Rieck, ehemaliger Vorsitzender des Vertrauenskörpers und Betriebsratsmitglied bei Benteler sowie ehemaliges Mitglied des Ortsvorstandes und der Delegiertenversammlung; Günter Schwärmer, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender der Firma Florex und ehemals Mitglied im örtlichen Vorstand der früheren Gewerkschaft Textil-Bekleidung; Magdalene Wolkenstein, ehemalige langjährige Betriebsratsvorsitzende der Firma Rawe in Brackwede sowie ehemaliges Mitglied der Delegiertenversammlung.

70 Jahre: Margot Ellerbrock, ehemalige Betriebsrätin bei Windsor sowie ehemaliges langjähriges Mitglied der Delegiertenversammlung.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 25.10.2017

IG Metall bestätigt hohe Forderungen

Frankfurt (dpa). In der anstehenden Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie tragen die Bezirke der IG Metall die vom Vorstand empfohlene harte Linie mit. Bundesweit beschlossen gestern die regionalen Tarifkommissionen, neben sechs Prozent mehr Lohn auch verkürzte Arbeitszeiten für die etwa 3,9 Millionen Beschäftigten in deutschen Schlüsselindustrien wie Auto oder Maschinenbau zu fordern. Die Tarifverhandlungen beginnen voraussichtlich am 15. November.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 25.10.2017

IG Metall fordert sechs Prozent

■ **Sprockhövel** (nw). Die Tarifkommission der IG Metall hat in Sprockhövel die Forderung für die Metall- und Elektroindustrie in NRW beschlossen. Demnach sollen die Löhne für die 700.000 Beschäftigten um sechs Prozent steigen. Außerdem sollen IG Metall-Mitglieder künftig einen individuellen Anspruch erhalten, ihre Arbeitszeit ohne Begründung für zwei Jahre auf bis zu 28 Stunden in der Woche absenken zu können. Als „unverantwortlich hoch" wiesen die NRW-Metallarbeitgeber die Forderungen zurück. Damit würden viele Arbeitsplätze gefährdet.

© 2017 Neue Westfälische, Dienstag 31. Oktober 2017

Gewerkschaften sollen mutiger sein

Streit um Lohnentwicklung: Kehrtwende in der Ökonomie-Debatte - Experten plädieren für höhere Tarifforderungen. Mit deutlicheren Steigerungen gegen wachsende soziale Ungleichheit

Von Günther M. Wiedemann

Düsseldorf. Wieder einmal stehen die Gewerkschaften wegen ihrer Lohnpolitik am Pranger. Aber diesmal ist es vollkommen anders als in vielen Jahren zuvor. In denen haben Arbeitgeber, Bundesbank, Wirtschaftsinstitute sowie andere echte und selbst ernannte Ökonomie-Experten die Arbeitnehmerorganisationen getadelt für vermeintlich zu hohe Tarifforderungen. Diesmal halten ihnen Währungshüter, Wirtschaftsanalysten und Vertreter des linken Spektrums vor, sie müssten endlich für höhere Lohnsteigerungen sorgen. Nicht nur in Deutschland. Auch Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds, plädiert für stärkere Lohnsteigerungen. Ebenso die Europäische Zentralbank (EZB); deren Ratsmitglied Ewald Nowotny begründet dies jüngst mit "deutlich gesunkenen Arbeitslosenquoten".

Was für eine Kehrtwende in der ökonomischen Debatte: Früher galten zu hohe Forderungen als Jobkiller. Jetzt heißt es, zu geringe Gehaltserhöhungen der Vergangenheit seien schuld an wachsender sozialer Ungleichheit; seien Quelle für das Gefühl vieler, der Aufschwung gehe an ihnen vorbei. Höhere Lohnsteigerungen in Deutschland fordern manche auch zur Stärkung der Konjunktur in den kriselnden Euro-Staaten Südeuropas: Wenn deutsche Produkte teurer werden, dann haben andere Nationen bessere Absatzchancen.

Vor genau diesem Effekt warnen aber unverändert aktuell die Metallarbeitgeber. Sie weisen in traditioneller Manier die Forderungen der IG Metall (sechs Prozent mehr Gehalt und individuelle Arbeitszeitverkürzungen) für die Mitte November beginnenden Tarifgespräche brüsk zurück als Gefahr für 200.000 Arbeitsplätze. Doch anders als früher unterstützt sie dabei nur noch das von den Arbeitgebern finanzierte Institut der deutschen Wirtschaft. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann meint hingegen ungewöhnlich verständnisvoll, die Gewerkschafts-Forderung spiegele "die außergewöhnliche gute Konjunkturlage wider". Die IG Metall hatte selten ein so gutes Umfeld für eine erfolgreiche Tarifrunde wie in diesem Jahr.

Ökonomisch ist die Lage für die Gewerkschaften schon länger ausgesprochen günstig: Die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Mancherorts herrscht Vollbeschäftigung. Fachkräfte werden gesucht. Faktoren, die den Preis der Ware Arbeit deutlicher steigen lassen müssten. Zumal ein Ende des Wirtschaftsaufschwungs nicht in Sicht ist (der längste seit 1945). Trotzdem verdienen 40 Prozent der Beschäftigten real weniger als vor 20 Jahren. Weil die Gewerkschaften Lohnzurückhaltung praktizierten nach der Jahrtausendwende (Deutschland war der kranke Mann Europas) und in der Finanzkrise. Und weil in der Bundesrepublik der Niedriglohnsektor gewaltig gewachsen ist. Nur Litauen hat innerhalb der EU prozentual noch mehr Beschäftigte mit Minilöhnen.

Für dieses scheinbare "Versagen" der deutschen Gewerkschaften gibt es mehrere Erklärungen: Die Agenda-2010-Reformen haben den Niedriglohnsektor beflügelt. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begründen ihre Lohnforderungen in der Regel mit der Entwicklung von Inflation und Produktivität. Dass letztere trotz guter Konjunktur nicht über ein Prozent steigt, macht viele Ökonomen ratlos. Andere meinen, Firmen investierten zu wenig, um eine höhere Produktivität erzielen zu können. Die Gewerkschaften benötigen hier also neue Ideen zur Rechtfertigung höherer Löhne.

Ausschlaggebender für die Gehaltsentwicklung der letzten Jahre ist aber wohl der Strukturwandel der deutschen Wirtschaft. Gut bezahlt wird Arbeit in der Industrie. Die Metallarbeitgeber betonen: In ihrer Branche sind die Einkommen seit 2012 um 20 Prozent gestiegen. Im Dienstleistungssektor, der traditionell schlechter bezahlt, ist man davon weit entfernt. Das waren einst Minibranchen. Heute arbeiten hier aber fast drei Viertel der Beschäftigten. Das drückt den Schnitt in der Lohnentwicklung gewaltig. Produktivität in Büros lässt sich kaum messen. Arbeit in Kitas oder Klinik-Stationen entzieht sich auch traditionellen Kriterien zur Lohnfindung. Das macht Tarifrunden schwierig.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 15.11.2017

Streit über 28-Stunden-Woche

Tarifrunde: IG Metall dringt auf Entgeltausgleich bei Erziehung, Pflege und Schichtarbeit. Beschäftigte wünschen sich mehr Flexibilität und Selbstbestimmung

Von Florian Pfitzner

■ **Düsseldorf.** Zum ersten Mal seit Mitte der neunziger Jahre verlangt die IG Metall wieder kürzere Arbeitszeiten. Der dafür geforderte teilweise Lohnausgleich verärgert die Arbeitgeber schon vor Beginn der Verhandlungen.

Nach den Vorstellungen der Gewerkschaft sollen die bundesweit rund 3,9 Millionen Beschäftigten, davon 700.000 in NRW, sechs Prozent mehr Geld erhalten. Zudem sollen sie ihre Arbeitszeit vorübergehend von 35 auf bis zu 28 Stunden in der Woche absenken können. Einige Gruppen sollen dafür einen finanziellen Ausgleich von ihrem Arbeitgeber bekommen, zum Beispiel wenn sie in Schichten arbeiten, Kinder erziehen oder Angehörige pflegen.

Die Beschäftigten wollen Arbeitszeiten, „die zu ihrem Leben passen", teilte die IG Metall in Düsseldorf mit. Verkürzte Arbeitszeiten dürften „nicht in die Teilzeitfalle samt Einkommensverlust, Karriereknick und Altersarmut führen", warnte die Gewerkschaft. Ihr Vorschlag sei am Ende „gut investiertes Geld", die Mitarbeiter seien länger leistungsfähig und seltener krank.

Die Beschäftigten wünschen sich laut einer Befragung der Gewerkschaft mehr Selbstbestimmung – viele könnten es sich jedoch nicht leisten, kürzer zu arbeiten. „Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein", sagte Knut Giesler, Bezirksleiter der IG Metall Nordrhein-Westfalen, kurz vor dem Auftakt der Verhandlungen. „Die Arbeitgeber dürfen sich vor dieser gesellschaftspolitischen Aufgabe nicht verstecken."

Kampfbereit: *Die Gewerkschaft erwartet eine längere Auseinandersetzung.* FOTO: DPA

Bislang lehnen die Arbeitgeber die Forderung jedoch kategorisch ab. In der Arbeitszeitregelung liege „der eigentliche Sprengstoff", hatte Lutwin Mallmann, Hauptgeschäftsführer des Verbands Metall NRW, in einem Gespräch mit dieser Zeitung gesagt. Mit dem Aufschlag „gäbe es Geld für nicht geleistete Arbeit" – aus Mallmanns Sicht „eine Zumutung, die das gesamte Lohngefüge durcheinander bringt".

Während die Arbeitgeber die Gesamtlage in den Betrieben als solide einschätzen, ist die deutsche Wirtschaft aus Sicht der Gewerkschaft „in guter Verfassung". In der Metall- und Elektroindustrie stiegen die Umsätze deutlich, genauso die Produktivität. „Wenn man sich die Konjunkturdaten anguckt", sagte Giesler, „dann ist es möglich, das zu stemmen."

Start in die Verhandlungen

◆ Den Auftakt der Tarifrunde machen heute Nachmittag die Tarifregionen in Norddeutschland und Berlin/Brandenburg. In Hamburg hat die IG Metall eine Demonstration angekündigt, zu der sie rund Tausend Teilnehmer erwartet. Am Nachmittag treffen sich die Verhandler in Baden-Württemberg zum ersten Mal. Am Donnerstag sind Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Bayern und Nordrhein-Westfalen dran.

Westfalen-Blatt

SEITE 27 | MITTWOCH 15. NOVEMBER 2017

Die Arbeitszeit ist der Knackpunkt

Metall- und Elektroindustrie stehen vor harter Tarifrunde – auch in OWL

Von Oliver Horst

Paderborn/Bielefeld(WB). Die Forderung der IG Metall nach kürzeren Arbeitszeiten samt Lohnausgleich sorgt für verhärtete Fronten bei der heute in ersten Bezirken beginnenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Auch in OWL sind sich Arbeitgeber und Gewerkschaft uneins.

Einigkeit besteht zwischen den Tarifparteien bislang nur in zwei Punkten: Beide Seiten erwarten eine harte Tarifrunde, bei der von Januar an auch Streiks drohen. Und dieses Mal dürfte weniger die Höhe des Lohnanstiegs der Knackpunkt sein als die von der IG Metall geforderte Absenkung der Arbeitszeit von 35 auf bis zu 28 Wochenstunden für bis zu zwei Jahre – teils mit Lohnausgleich.

Die Gewerkschaft hat das Thema zum zentralen Punkte der Tarifrunde ausgerufen. Die Forderung nach mehr Flexibilität und selbstbestimmter Arbeitszeit sei ein wesentliches Ergebnis der Befragung von bundesweit 630 000 Metallern und Gewerkschaftsmitgliedern. Mitarbeiter sollen ohne Begründung für bis zu zwei Jahre ihre wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden absenken können. Für Beschäftigte, die Angehörige pflegen, Kinder unter 14 Jahren betreuen oder im Schichtbetrieb und anderen »belastenden Arbeitszeitmodellen« arbeiten, will die IG Metall einen Teil-Lohnausgleich durch die Arbeitgeber. Die Forderung nach sechs Prozent mehr Lohn als zweiter Kernpunkt der Tarifrunde für bundesweit 3,9 Millionen Beschäftigte rückt da schon fast in die zweite Reihe.

Deutlich fällt die Ablehnung auf Arbeitgeberseite im Vorfeld der ersten Beratungen aus. Vor dem Auftakt heute unter anderem in Baden-Württemberg bezeichnet der Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, Stefan Wolf, den Wunsch der Gewerkschaft als indiskutabel. »Warum sollen Arbeitgeber plötzlich mehr Stunden bezahlen als die, die geleistet werden vom Arbeitnehmer?«, sagt der Chef von Südwestmetall. »Der IG Metall geht es nur darum, diesen Ausgleich zu bekommen. Und das ist ein Systemwechsel, den wir nicht akzeptieren werden.« In der gesetzlich geregelten Teilzeit gibt es weder Lohnausgleich noch ein generelles Rückkehrrecht.

Über mehr Flexibilität könne man reden, sagt Wolf. »Der Einstieg ist zunächst mal die Öffnung nach oben.« Die Firmen müssten unbegrenzt mit Mitarbeitern bis zu 40 Wochenstunden vereinbaren können. Bislang kann laut Tarifvertrag nur bis zu 18 Prozent der Belegschaft ein entsprechendes Angebot gemacht werden.

Arbeitgeber und Gewerkschaft in OWL blicken vor allem auf die erste Verhandlungsrunde morgen in NRW. Carmelo Zanghi, Bevollmächtigter der IG Metall Paderborn, wirbt für die Herabsetzung der Arbeitszeit als Instrument, um die Branche für Arbeitnehmer attraktiv zu machen und auch das Potential weiblicher Fachkräfte stärker zu nutzen. »Das Thema wird auch auf Arbeitgeberseite sehr differenziert diskutiert. Einige Unternehmen bieten bereits unterschiedliche Modelle an und haben die Bedeutung auch für die Personalgewinnung erkannt.«

Zanghi kritisiert aber, dass die Arbeitgeberseite das Thema in der Tarifrunde »ideologisch und nicht pragmatisch besetzt«. Entsprechend hart könnte die Auseinandersetzung in den Tarifverhandlungen werden. »Wir sind in der Lage und gut vorbereitet, für unsere Forderung zu kämpfen. Wir diskutieren auch in OWL über 24-Stunden-Streiks.«

Die Lohnforderung werde dagegen kaum ein Reizthema, meint Zanghi. »Die ökonomische Situation bei den Unternehmen in der Region ist ausgezeichnet. Es gibt auch von den Arbeitgebern kaum ein Anzeichen, dass sie eine Überforderung fürchten.«

Eine Ansicht, die zumindest Reinhard Tweer als Vorstandsvorsitzender des Unternehmerverbands der Metallindustrie Ostwestfalen für Bielefeld, Herford und Minden so nicht teilt. »Vielen Sparten geht es gut, anderen aber gar nicht.« Das gelte etwa bei Eisen- und Stahlgießereien, wie Tweer sie in Bielefeld betreibt. »Unsere Rendite liegt bei 1,5 Prozent. Kommt eine hohe Lohnerhöhung ist sie komplett weg.«

Die Arbeitszeitforderung der IG Metall lehnt Tweer kategorisch ab. »Wenn eine Vollzeitkraft ihre Wochenarbeitszeit reduziert, soll ich dann einen Leiharbeiter für fünf Stunden beschäftigen oder meine anderen Mitarbeiter teure Überstunden machen lassen?« Und Facharbeiter zu finden, die die Lücke schließen, sei illusorisch. »Je schlechter der Tarifabschluss aus Arbeitgebersicht ausfällt, desto mehr Unternehmen werden einen Austritt aus dem Flächentarif erwägen«, sagt Tweer. In OWL sind etwa 80 Prozent der Betriebe tarifgebunden.